

Votum zu „2020.124, Teilrevision der Bau- und Zonenordnung (BZO), Mehrwertausgleich“

Gemeinderatssitzung vom 28. Juni 2021

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Stadträte und Stadträtinnen,
liebe Kolleginnen und Kollegen

Vielen Dank an Benedikt Zäch für die gute und umfassende Vorstellung des Geschäfts. Die SVP lehnt diesen Stadtratsantrag ab und unterstützt die Anträge der FDP bezüglich erhöhter Freifläche und tieferer, prozentualer Mehrwertabgabe. Wir haben uns in der Kommission dafür eingesetzt, dass die kantonale Vorgabe nach dem Minimum umgesetzt wird, hätten aber gerne einen Kompromiss mitgetragen – zum Beispiel in der Mitte des kantonalen Spielraums.

Romana hat bereits erklärt, dass die Wirkung der maximalen Abschöpfung einmal mehr ein schlechtes Signal gegen aussen sendet und für die uns tragende Wirtschaft kontraproduktiv sein wird. Umbauten, Umgestaltungen oder Arealüberbauungen werden verzögert, billiger gebaut (zum Beispiel auf Kosten der Ökologie) oder gar nicht realisiert. Die Abschöpfung ist auch nicht nachhaltig, sondern nur vorgezogen und kann bei einer Veräusserung wieder von der Grundstückgewinnsteuer abgezogen werden. Zum Glück gibt es nicht mehr viel abzuschöpfen in Winterthur – und nur deshalb – bringen wir die Vorlage nicht vor das Volk. Die Bauzonen sind klar verteilt und neue bzw. Umzonungen werden kaum mehr hinzukommen. Die Stadt kann auch nichts mehr veräussern, dafür haben wir selbst gesorgt!

Trotzdem zeigt sich genau an diesem Beispiel wieder wie kompromissfähig links-grün ist. Beim Budget hat Roland Kappeler noch gefordert, aufeinander zuzugehen, um die Details zu streiten und dann einen guten Kompromiss zu vereinbaren. Damals war links-grün in einer seltenen Minderheit. Dann sind Kompromisse willkommen. Etwas gar durchsichtig dieses Spiel.

Bei den Parkierungsverordnung und auch in diesem Geschäft gibt es kein Abweichen von den Maximalforderungen. Zum Glück gibt der Kanton auch maximale Grenzen vor. Wer weiss wie viel die Umverteilungsparteien sonst genommen hätten. Leider steht auch die GLP ein weiteres Mal im sozialistischen Block. Wenn man die Legislatur bilanziert, bleibt nicht mehr viel vom Versprechen „liberale Wirtschaftspolitik als Standortvorteil/Erfolgsmodell“. Und dies bei einer Vorlage, bei der es nicht um Klima oder Energie geht.

Verstehen sie uns nicht falsch. Auch wir sehen die Mehraufwendungen der Stadt und sind für einen angemessenen Beitrag für die Allgemeinheit. Die vom Kanton erlaubten Maxima sind jedoch einfach zu viel. Von Parkierungsgebühren über höher Steuern zu mehr Gebühren (Thema Gewinnabschöpfung bei Stadtwerk). Es geht nicht nur immer darum, dem Bürger immer mehr aus der Tasche zu nehmen. Es geht nicht nur immer um soziale Gerechtigkeit, es gibt auch eine Leistungsgerechtigkeit. Und die die Leisten werden in Winterthur mit Füßen getreten. Diese Vorlage ist ein weiteres Anschauungsbeispiel.

Vielen Dank an alle, die ablehnen.

Michael Gross, Gemeinderat SVP